

**Protokoll der öffentlichen Sitzung
des Beirats von und für Menschen mit Behinderung
im Bezirk Tempelhof – Schöneberg**



Datum:	27.04.2016	Anwesende:	siehe Anwesenheitsliste
Leitung:	Frau Lutze	Beginn:	17:00 Uhr
Ort:	Pinellodrom Dominicusstraße 5-9 10823 Berlin	Ende:	19:00 Uhr
		Protokoll:	Herr Gillmeister

1. Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Genehmigung des Protokolls vom 16.03.2016

Fr. Lutze begrüßt die Teilnehmer*innen und teilt mit, dass Fr. Czycykowski, Fr. Lehmann, Fr. Morariu, Fr. Schöttler, Fr. Sommerfeld, Hr. Brühl bzw. Fr. Bielefeld entschuldigt sind. Die Sitzungsteilnehmer*innen stellen sich kurz mit Namen und Organisation vor.

Die Beschlussfähigkeit des Beirats wird festgestellt.

Das Protokoll vom 16.03.2016 wird von Hrn. Seiler unter Pkt. 4, AZ Bahnhofstraße, folgendermaßen korrigiert: Statt „Die Anträge müssen Maßnahmen...“ muss es heißen „Die Anträge zum Gebietsfond können Maßnahmen...“. Mit dieser Änderung wird das Protokoll angenommen.

2. Bestätigung der endgültigen Tagesordnung

Die Tagesordnung wird bestätigt.

3. Vorstellung der Beratungsstelle für Technische Hilfen und Wohnraumanpassung des Sozialverbands VdK Berlin-Brandenburg e.V.. Referentin: Frau Gaszczyk

Fr. Gaszczyk verteilt ein Infoblatt und zwei Flyer zum VdK allgemein bzw. speziell zur Beratungsstelle. Hr. Brass und Hr. Seiler weisen daraufhin, dass die zur Verfügung gestellten digitalen Informationen des VdK's nicht barrierefrei seien. Fr. Gaszczyk wird ihre Geschäftsführung hierüber in Kenntnis setzen.

Im Vortrag werden von Fr. Gaszczyk folgende Punkte hervorgehoben:

- Der Sozialverband VdK Deutschland e.V., ein Verband für Körperbehinderte, Kriegsversehrte und Rentner*innen, wurde nach dem 2. Weltkrieg als Kriegsversehrtenverband gegründet, und hat rund 1,7 Millionen Mitglieder. Er gliedert sich in Bundesverband, Landes- und Ortsverbände. Die Finanzierung erfolgt durch Mitgliedsbeiträge und über Zuschüsse der Länder. Auf Bundes- und Landesebene ist der VdK behindertenpolitisch aktiv. Mitglieder erhalten kostenlose Rechtsberatung und rechtliche Unterstützung bei gerichtlichen und außergerichtlichen Verfahren.
- Im Auftrag des Landes Berlin betreibt der Sozialverband VdK Berlin-Brandenburg e.V. seit über fünfzehn Jahren die bezirksübergreifend tätige Beratungsstelle für Technische Hilfen und Wohnraumanpassung mit Fr. Gaszczyk als z.Z. einziger Mitarbeiterin. Klient*innen sind Menschen aller Altersgruppen. Die meisten suchen die Beratung auf, weil sie nach barrierefreien Lösungen suchen, um in ihrer Wohnung verbleiben zu können.

Die Nachfrage – ablesbar an den Anfragen an die Beratungsstelle - wechselt nach politischer Lage, d.h., ist abhängig von Gesetzen und Gesetzesreformen sowie von Gerichtsurteilen bzgl. der Finanzierung von Anpassungsleistungen.

- Anfragen bzgl. Hilfsmittel betreffen häufig den Bereich Inkontinenz. Hierzu berichtet Frau Gaszczyk von einer ungenügenden Versorgungslage.
Bei Fragen zu Wohnraumanpassung sind die häufigsten Anliegen ein Umbau des Badezimmers, gefolgt von barrierefreier Zugänglichkeit der Wohnung.
- Ablauf: der Betroffene selbst, eine Reha-Einrichtung oder ähnliche Stellen rufen an, es folgt eine telefonische Beratung und oft auch ein Hausbesuch, welcher bei Fragen der Wohnraumanpassung unabdingbar ist.
- Oft erhält die Beratungsstelle Anfragen nach barrierefreiem Wohnraum, was aber von Fr. Gaszczyk als einziger Kraft in der Beratungsstelle nicht intensiv oder längerfristig bearbeitet werden kann. Nur selten weisen Wohnungsanbieter auf barrierefreie Wohnungen hin.
- Das Leistungsangebot umfasst weiterhin die Beratung bei Anträgen zur Bewilligung von Hilfsmitteln, Finanzierungsfragen, die Absprache mit zuständigen Ämtern/Stellen, Gremienarbeit (z.B. Behindertenbeirat), die Erstellung eines jährlichen Sachberichtes.
- Notwendige Hilfen scheitern zum Teil daran, dass die Klient*innen nicht über die erforderliche Pflegestufe verfügen. Dann bietet Frau Gaszczyk Unterstützung bei der Beantragung von Stiftungsmitteln an. Dies sei oft sehr mühselig, und könne häufig nicht den gesamten Hilfebedarf abdecken

Fr. Gaszczyk berichtet, dass sie häufig zufriedenstellende Lösungen findet und mit den Klient*innen oft über Jahre in Kontakt bleibt.

In der Diskussion berichtet Fr. Lutze aus ihrer Tätigkeit in der Beratungsstelle (Lotse Berlin Region Süd-West) auch von wiederkehrenden Nachfragen nach barrierefreien Wohnungen als Ausdruck dafür, wie groß der Bedarf ist, die Menschen aber kaum eine Möglichkeit der Unterstützung finden. Sie berichtet zudem von Klient*innen mit Bedarf an Wohnungsumbau bzw. an barrierefreier Zugänglichkeit der eigenen Wohnung. Für diese Anfragen wird sie zukünftig gerne auf das Angebot der VdK-Beratungsstelle hinweisen.

Fr. Gaszczyk betont, dass manchmal auch wenig aufwendige Umbaumaßnahmen zu mehr Barrierefreiheit und Lebensqualität in der eigenen Wohnung führen können, beispielsweise die Schaffung eines schwellenlosen Zugangs zum Balkon.

Zum KfW-Programm „Altersgerecht Wohnen“ merkt sie an, dass dies häufig von ihren Klient*innen nicht genutzt werden kann, da beträchtliche Eigenmittel aufgebracht werden müssen, um eine relativ geringe Förderung zu erhalten.

Hr. Filar berichtet aus der Tätigkeit seiner Beratungsstelle (Interkulturelle Beratungsstelle Berlin), dass Klient*innen auch bislang schon auf die Beratungsstelle des VdK hingewiesen werden. Auf seine Frage hin teilt Fr. Gaszczyk mit, dass die Inanspruchnahme der VdK-Rechtsberatung eine dreimonatige Mitgliedschaft voraussetzt; im Hinblick auf die Möglichkeit einer rückwirkenden Mitgliedschaft sagt Fr. Gaszczyk zu, entsprechende Info-Materialien zuzusenden. Sie teilt mit, dass der Mitgliedsbeitrag 7.- € im Monat beträgt.

In der Beantwortung weiterer Fragen wird von Fr. Gaszczyk berichtet:

- Adressat des jährlichen Sachberichts ist die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales (Grundsatzangelegenheiten im Bereich Wohnen für Menschen mit Behinderung). Der Bericht enthalte allerdings im Wesentlichen Statistik. Sie erhalte in der Regel keine Rückmeldung von der Senatsverwaltung. Ob der Bericht auch weiteren behindertenpolitischen Gremien auf Landesebene, etwa dem Landesbehindertenbeirat, zugänglich gemacht werden würde, konnte nicht eindeutig geklärt werden.

- Beratungen finden auf Wunsch auch anonym statt.
- Die Zusammenarbeit mit den bezirklichen Sozialämtern sei gerade in Tempelhof-Schöneberg gut. Jedoch komme es häufig zu erheblichen Verzögerungen der Antragsbearbeitung auf Grund scheinbar ungeklärter Zuständigkeiten zwischen den verschiedenen Reha-Trägern.
- Frau Gaszczyk weist auf eine Broschüre des VdK hin: „Wegweiser – Wohnungssuche ohne Barrieren“; Fr. Gaszczyk sagt zu, diesen Wegweiser an Hrn. Filar und auf Wunsch auch an andere Interessenten (Liste zum Eintragen wird herumgegeben, Bestellungen an Fr. Gaszczyk auch per Email möglich) per Post zu versenden.

Fr. Schneider betont, dass es sich bei der VdK-Beratungsstelle um ein wichtiges Angebot handelt, auf das sie häufig verweise.

4. Wahlprüfsteine (Diskussion über ein mögliches Positionspapier des Beirates)

Fr. Lutze dankt Hrn. Seiler für seinen Entwurf, der mit der Einladung allen Beiratsmitgliedern versandt wurde: „Wahlprüfsteine Beirat – Wahl-Forderungen des Beirates von und für Menschen mit Behinderung“.

Hr. Seiler erläutert seinen Vorschlag.

Der Beirat stimmt einhellig dafür, dass eine Beirats-AG auf der Grundlage des vorliegenden Entwurfs Wahlprüfsteine zur BVV-Wahl im September 2016 erarbeitet solle.

Diese überarbeitete Vorlage wird mit der Einladung zur nächsten Sitzung am 13.07.2016 versandt, um dort zur Diskussion und Abstimmung gebracht zu werden.

Zur Teilnahme an der AG erklären sich neben Herrn Seiler Fr. Gaszczyk, Fr. Christian und Hr. Foster bereit.

Herr Seiler und Fr. Christian bitten alle Beiratsmitglieder, der AG Vorschläge für die „Wahlprüfsteine“ an Herrn Seiler zu senden.

Als Adressaten des Positionspapiers werden in den Blick gefasst: Bezirksbürgermeisterin Frau Schöttler bzw. alle Bezirksamtsmitglieder, die bezirklichen Spitzenkandidaten und -kandidatinnen, bezirklichen Kreisverbände der sich zur BVV-Wahl stellenden Parteien.

5. Berichte aus den Arbeitsgruppen (AG's): AG Barrierefreier Verkehrsraum

Hr. Foster berichtet von der letzten Sitzung der AG Barrierefreier Verkehrsraum, zu der zwei Vertreter*innen der BVG zum Thema „Barrierefreie Bushaltestellen: Erfordernisse, Zuständigkeiten, Akteure, Daten“ eingeladen waren:

Frau Albrecht, Beauftragte der BVG für Fahrgäste mit Behinderung und für Senioren, und ein Mitarbeiter aus dem BVG-Unternehmensbereich Bus.

Die BVG-Vertreter*innen erläuterten die Anforderungen der BVG an barrierefreie Bushaltestellen.

Sie informierten über die Verpflichtung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, gemäß Personenbeförderungsgesetz den ÖPNV bis 2022 barrierefrei herzustellen. Die Senatsverwaltung habe sich – nach Auskunft der BVG-Vertreter*innen - an die bezirklichen Straßenbauämter gewandt mit der Bitte um Priorisierungsvorschläge für barrierefrei nachzurüstende Bushaltestellen. Der Einsatz von Sondermitteln sei vorgesehen, um diese „Haltestellen-Prio-Liste“ in den nächsten Jahren abzuarbeiten.

Ob diese „Priorisierungs-Anfrage Bushaltestellen“ der Senatsverwaltung dem BA Tempelhof-Schöneberg überhaupt vorliegt, ob und welchen Bearbeitungsstand es gibt, konnte von dem Vertreter des Straßenbauamtes nicht beantwortet werden.

Unklar blieb ebenfalls, nach welchen Kriterien diese Priorisierungen vorgenommen werden können, wenn nach Kenntnisstand der AG-Teilnehmer und der BVG-Vertreter*innen es bislang keine Auflistung (Kataster o.ä.) gibt, der bestehende oder fehlende barrierefreie Ausstattungsmerkmale von Bushaltestellen zu entnehmen sind.

Hr. Seiler merkt an, dass dem Straßenbauamt wahrscheinlich die personellen Kapazitäten zur Erfassung der Barrierefreiheit von Bushaltestellen fehlen.

Weiter verwies er darauf, dass durch eine barrierefreie Nachrüstung von bislang nicht-barrierefreien Bushaltestellen weitere Probleme verbleiben, wie z.B. die Zugänglichkeit von Bustüren an Mehrfachhaltestellen.

Fr. Schneider berichtet, dass es zwischen BVG und dem Vertreter des Straßenbauamtes unterschiedliche Auffassungen über die Zuständigkeit für Bus-Haltestellen gebe. Die BVG verweise auf das bezirkliche Straßenbauamt, dieses verweist auf die Senatsverwaltung. Im Auftrag der AG barrierefreier Verkehrsraum habe sie sich mittlerweile mit der Bitte um Klärung an Baustadtrat Herrn Krüger gewandt. Eine Antwort liege noch nicht vor.

Weiter wurde bei dem Austausch mit den BVG-Vertreter*innen kurz die Frage besprochen, ob Busfahrer*innen dienstlich verpflichtet seien, die Rampe für Rollstuhlfahrer*innen auszuklappen, auch wenn z.B. eine Begleitperson ohne Rollstuhl dabei sei. Fr. Albrecht bejahte die grundsätzliche Verpflichtung, fügte jedoch einschränkend hinzu, dass es „besondere“ Fälle gebe, wo dies nicht möglich sei. Diese „besonderen“ Fälle konnten nicht eindeutig und abschließend definiert werden.

Fr. Schneider erläutert das mit der Einladung versandte Papier „Perspektiven der AG Barrierefreier Verkehrsraum“. Hierin werden die bisherigen Aktivitäten zur sogenannten „Prio-Liste“ zusammenfassend dargestellt, aktuelle Problemstellungen aufgezeigt, sowie Empfehlungen an das Bezirksamt formuliert mit dem Ziel einer sinnvollen Fortsetzung der AG Tätigkeit.

Nach einer Diskussion im Plenum schließt sich der Beirat dem Papier an und beschließt, der Vorstand möge ein entsprechendes Schreiben an Baustadtrat Herrn Krüger senden.

Aktives Zentrum Bahnhofstraße Lichtenrade

Hr. Seiler verteilt die Stadtteilzeitung „Das sind wir“ des Gebietsgremiums, weist auf die dort veröffentlichten Interviews mit ihm und Hr. Foster hin und berichtet über das letzte Treffen des Gebietsgremiums:

Es gebe ein hohes Engagement der Beteiligten, wobei bzgl. der anstehenden Erarbeitung von Konzepten vielfach durch das Involviertsein privater Unternehmen die Entwicklungen nicht in vollem Umfang kontrollierbar seien. Kritisch angemerkt wurde, dass die Ausschreibungen zur Erstellung eines Konzeptes seitens des Bezirksamtes ohne Beteiligung des Gebietsgremiums erstellt wurde.

Offen sei noch die Umgestaltung der Querung der Bahnhofstraße durch die Dresdner Bahn. Es gebe verschiedene Planungsvarianten, wobei aber eine Entscheidung bzw. entsprechende Stellungnahmen des Gebietsgremiums vor Unwägbarkeiten bzgl. der durch die Umgestaltung der Bahnhofstraße veränderten Verkehrslage stehen. Eine von der BI geforderte Tunnellösung wird von der DB aus Kostengründen abgelehnt. Der Streitfall liegt dem Bundesverwaltungsgericht zur Entscheidung vor.

Insgesamt hätten sich die Akteure inzwischen gut vernetzt.

Das Projekt veranstaltet am 4.6.2016 ein „Frühstück auf der Bahnhofstraße“. Hr. Seiler kündigt die Versendung einer Einladung an.

Maaßenstraße

Fr. Schneider teilt mit, dass ihr zur Begegnungszone Maaßenstraße keine neuen Informationen vorliegen, dass ihr allerdings von Hr. Seiler ein Zeitungsartikel über einen Unfall in der Maaßenstr. zugesandt wurde.

Hr. Seiler berichtet, dass inzwischen die Poller markiert worden seien, aber in einer dunklen und damit für Sehbehinderte ungünstigen Farbe, so dass die Forderung des Beirats nach deutlichen Markierungen nachlässig umgesetzt worden sei.

Abschließend dankt Fr. Lutze der AG Barrierefreier Verkehrsraum für die beeindruckende Vielfalt der behandelten Themen und konstatiert zugleich einen bedenklichen Sachstand auf Grund der geschilderten Mängel.

6. Berichte aus den Gremien und BVV Ausschüssen:

Kundenbeirat BVG (Hr. Foster)

Entfällt, BVG-Kundenbeirat hat nicht getagt.

Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft (PSAG) Te-Schö: Untergruppe „Wohnen“, PSAG-Plenum (beides: Fr. Lutze)

Entfällt, AGs haben nicht getagt.

BVV-Ausschuss für Soziales und Senioren; Gesundheit: Fr. Christian

Fr. Christian teilt mit, dass das Problem der z.Z. außer Betrieb befindlichen Aufzugsanlage im Rathaus Tempelhof im Ausschuss für Soziales lediglich zur Kenntnis genommen wurde.

BVV-Ausschuss für Wirtschaft: Hr. Lund

Entfällt

BVV-Ausschuss für Frauen-, Queer- und Inklusionspolitik: Fr. Lutze

Entfällt

7. Bericht des Vorstands

Fr. Lutze teilt mit, dass das Schreiben mit der Stellungnahme des Beirates zum halbjährigem Aufzugausfall im Rathaus Tempelhof zwischenzeitlich an Fr. Schöttler versandt wurde mit der Bitte um Weiterleitung an alle Bezirksamtsmitglieder, in denen diese um Rückmeldung gebeten worden sind.

Sie weist auf den Auftritt eines Chores im Pinellodrom am 29.04.2016, 16:00 Uhr, hin, zu dem auch die Beiratsmitglieder herzlich eingeladen sind.

8. Bericht der Beauftragten für Menschen mit Behinderung - Frau Schneider

Fr. Schneider weist nochmals hin auf die vom „Runden Tisch: Inklusion Jetzt!“ und dem Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg organisierte Veranstaltung „Inklusionsrealitäten im Bezirk Tempelhof-Schöneberg“ am 3. Mai 2016, und lädt alle Beiratsmitglieder zum Besuch ein.

9. Verschiedenes

Fr. Christian berichtet aus der Seniorenvertretung:

Dort wurde die Thematik des fehlenden Fahrstuhls am U-Bhf. Westphalweg auf der Tagesordnung der letzten Sitzung der Seniorenvertretung behandelt. Bezirksbürgermeisterin Frau Schöttler sei hierzu angeschrieben worden.

Frau Christian informiert weiterhin, dass in den Räumen der Rheuma-Liga am Mariendorfer Damm 161a zum 01.06.2016 ein dritter Pflegestützpunkt in Tempelhof-Schöneberg eingerichtet wird.

Fr. Gaszczyk weist auf die Broschüre „Angebote für pflegende Angehörige“ hin, von der sie 10 Exemplare verteilt.